

A N F R A G E von Hans Fahrni (EVP, Winterthur), Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) und Thomas Ziegler (EVP, Elgg)

betreffend Sonderschulung in Heimen

Im Bereich «Sonderschulung» hat sich in den vergangenen Jahren vieles verändert. Das Volksschulamt «VSA» schreibt in seinem Merkblatt zur integrierten Sonderschulung auf Seite 1, « ... In Sonderschulheimen können nur bestehende Plätze in die integrierte Sonderschulung umgewandelt werden». Das bedeutet: Wird ein Schulheim z.B. von seiner Standortgemeinde (wie bereits geschehen) angefragt, in der Regelschule integrierte Sonderschulung anzubieten, d.h. dort vor Ort zu unterrichten (was die Gemeinde ja auch bezahlt), muss das Heim parallel dazu gleich viele interne Sonderschulplätze abbauen. Wenn hingegen Tages-Sonderschulen (die ja auch eine separierende Form von Sonderschulung darstellen) dasselbe tun, unterstehen sie keiner entsprechenden Begrenzung. Diese Regelung ist diskriminierend und absurd, wenn die Gemeinden den VLZS-Heimen gleichzeitig mit Anfragen nach heiminternen Sonderschulplätzen die Türen einrennen (VLZS = Vereinigung der Leiterinnen der Zürcher Schulheime). Auch im Bereich «Finanzen» ist vieles unbefriedigend, intransparent und unklar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Was ist Sinn einer solchen Einschränkung?
2. Warum werden die VLZS-Heime in Bezug auf Integrierte Sonderschulung nicht den Tages-Sonderschulen gleichgestellt?
3. Geht das VSA davon aus, dass die Heimplätze in Zukunft ganz oder teilweise durch integrierte Sonderschulung ersetzt werden können?
Wenn Ja, auf welchen statistischen Grundlagen beruht diese Entscheidung?
4. Wie wird gewährleistet, dass die vom kantonalen Budget Betroffenen im Bereich der Sonderschulung, bei Veränderungen der kantonalen Rahmenbedingungen, insbesondere bei der Lohnpolitik, miteinbezogen werden.
5. Warum besteht ausserhalb der Teuerung keine automatische Anpassung der Normkosten, wie sie sonst üblich ist und von den Heimen gewünscht wird?
6. Besteht nicht die grosse Gefahr, dass viele in Sonderschulheimen Arbeitende finanziell in Rückstand geraten und auf dem Stellenmarkt, gegenüber den gemäss Kanton entlöhnten heilpädagogischen Lehrkräften und Sozialpädagogen, nicht mehr dieselben Chancen hätten?
Worst case wäre ein Exodus der Lehrkräfte, verbunden mit der Gefährdung des staatlichen Leistungsauftrags.

Hans Fahrni
Johannes Zollinger
Thomas Ziegler